

Trotz Proteste: Der Fällbagger legt jetzt Bäume für die L821n um



Unter dem Protest von rund 20 Mitgliedern der Bürgerinitiative und der Grünen wurden jetzt die ersten Bäume für die L821n gefällt.

Die Rodungen für die umstrittene L821n sind am Mittwochmorgen gestartet worden. Dies ging allerdings nicht reibungslos über die Bühne. Etwa 20 Gegner der künftigen Umgehungsstraße stellten sich im Bereich der Lünener Straße dem Fällbagger entgegen.

Polizei war natürlich auch vor Ort. Sie wertete diese Ansammlung als Spontanzusammenkunft und ernannte den Grünen-Ortsverbandsvorsitzenden Rolf Humbach ebenso spontan zum Versammlungsleiter. Er sollte die Versammlung sofort auflösen, was er auch umgehend tat. Andernfalls hätte die Fortsetzung der Blockade des Fällbaggers mit Sicherheit rechtliche und

wahrscheinlich auch finanzielle Konsequenzen gehabt.



Bezirksbeamtin Petra Maschewski im Gespräch mit Protestierenden.

Während die erste Protestaktion im Bereich der Lünener Straße von etwa 10 Polizistinnen und Polizisten begleitet wurde, erledigte diesen Job 300 Meter weiter oben im Feld die Oberadener Bezirksbeamtin Petra Maschewski allein. Auch dort hatten sich einige Protestierende dem Fällbagger in den Weg gestellt, der eine Baumreihe für das neue Asphaltband flachlegen sollte. Die Polizeioberkommissarin verwies alle Anwesenden außerhalb eines Sicherheitsbereichs rund um den Fällbagger. Einzig den BergAUF-Fraktionsgeschäftsführer und ehemaliges Ratsmitglied Werner Engelhardt musste sie etwas aus der Gefahrenzone „schieben“.

Auch wenn während der Sonntagsspaziergänge von Bürgerinitiative und Grünen das Wort „Humbach“ fiel, betonte Rolf Humbach am Mittwoch, dass der Protest gegen die L821n friedlich gestaltet werden solle. Ebenfalls am Mittwochmorgen hatte der Rechtsanwalt der BI versucht, die Rodung von Bäumen auf einer Fläche von rund 5000 Quadratmetern durch einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht zu stoppen.



Auch diese Bäume sollen bis zum 1. März für die L821n gefällt werden.

Auch wenn die Fällaktion fortgesetzt werde, glaubt Rolf Humbach, den Bau der L821n noch auf juristischen Weg, notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof, zu verhindern. Für die gefällten Bäume müssten dann Ersatzaufforstungen vorgenommen werden.

Nach dem Bundesnaturschutzgesetz müssen solche Fällaktionen, sofern sie nicht in privaten Gärten oder Baumschulen vorgenommen werden, bis zum 1. März abgeschlossen sein.

Am vergangenen Donnerstag hatte noch der Stadtrat per Beschluss Straßen.NRW und die Landesregierung aufgefordert, die Rodungen und den Bau des 1. Abschnitts der L821n so lange auszusetzen, bis die Überschwemmungsproblematik im Bereich Kuhbach und Jahnstraße geklärt ist. Wie bereits berichtet, hatte der Kreis diesen Bereich nach den Überschwemmungen im Jahr 2014 nach einem Starkregen zum Hochwasserschutzgebiet erklärt. Der Bau der L821n soll auf der Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses aus dem Jahr 2008 erfolgen.